economiesuisse

Fiskalquote: Schweiz nur auf ersten Blick ein Eldorado

Im internationalen Vergleich wird die Schweiz regelmässig als Steuerparadies bezeichnet. Gemäss OECD-Zahlen trifft dies zu. Werden jedoch alle obligatorischen Steuern und Abgaben miteinbezogen, zeigt sich ein anderes Bild. Die Schweiz gehört in der OECD zu den Ländern, die ihre privaten Haushalte und die Wirtschaft überdurchschnittlich stark belasten. Vor allem der starke Anstieg in den vergangenen zwei Jahrzehnten bereitet einige Sorgenfalten.

Die OECD publiziert regelmässig die Fiskalquote (Summe der gesamten Steuern und Abgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt) ihrer Mitgliedstaaten. Gemäss der OECD-Statistik weist die Schweiz eine der tiefsten Fiskalquoten aus. Nur in den USA ist die Belastung noch tiefer. Dieses Bild ist allerdings nur beschränkt richtig.

In der Berechnungsmethode der OECD werden obligatorische Abgaben und Steuern an private Einrichtungen – Pensionskassen, Krankenkassen, Unfallversicherungen usw. – nicht erfasst. Zwar gibt es auch andere Länder, die unberücksichtigte Abgaben haben, doch in der Schweiz machen sie einen bedeutenden Teil der Gesamtbelastung aus. Unter Berücksichtigung sämtlicher Abgaben weist die Schweiz eine Fiskalquote von 39,6 Prozent auf und liegt damit deutlich über dem OECD-Durchschnitt (34,1 Prozent). Die Schweiz ist somit was die Steuern- und Abgabenbelastung betrifft alles andere als ein Schlaraffenland.

Beunruhigender ist die Entwicklung der Fiskalquote. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat die Gesamtbelastung der privaten Haushalte und der Wirtschaft im Vergleich zur OECD überdurchschnittlich stark zugenommen. Werden

sämtliche obligatorische Abgaben in der Schweiz berücksichtigt, so verzeichnet lediglich Portugal eine grössere Zunahme der Fiskalquote als die Schweiz. Andere Länder konnten ihre Fiskalquote hingegen teilweise deutlich senken, beispielsweise Schweden (–6.7 Prozentpunkte).

Eine hohe Gesamtbelastung der privaten Haushalte und der Wirtschaft wirkt sich tendenziell negativ auf die Standortattraktivität eines Landes aus. Die Schweiz muss daher achtgeben, dass sie ihre Abgaben- und Steuerlast stabilisiert und einen weiteren Anstieg vermeidet. So kann sie ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihren Wohlstand erhalten. Künftige Reformen sollten deshalb, wo es nicht unumgänglich ist, mit den bestehenden Mitteln und nicht durch Steuer- oder Abgabenerhöhungen finanziert werden.